

# Working Paper

111 / September 2021



Österreichisches Institut für Internationale Politik  
Austrian Institute for International Affairs

## Chinas Menschenrechtspolitik und seine eigene Art der Interpretation der Menschenrechte

Faruk Ajeti

Keywords: Kommunistische Partei Chinas, Menschenrechte, Demokratie, Menschenrechtssystem, Menschenrechtsdiplomatie, UN-Menschenrechtsrat, Neue Seidenstraße

**Dr. Faruk Ajeti** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Österreichischen Institut für Internationale Politik (oiip). Er war Austrian Marshall Plan Visiting Scholar an der Nitze School of Advanced International Studies an der Johns Hopkins University in Washington DC. Faruk Ajeti schloss sein Doktorat zum Thema „Die Kosovopolitik Österreichs in den Jahren 1986-1999“ am Institut der Politikwissenschaft an der Universität Wien ab. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören: Außenpolitik, Österreichs und Chinas Außenpolitik, Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Europäische Integration und Europäisierung. Sein regionaler Fokus liegt auf Südosteuropa und auf den transatlantischen Beziehungen.

*Impressum:*

Österreichisches Institut für Internationale Politik – oiip,  
1090 Wien, Währinger Straße 3/12, [www.oiip.ac.at](http://www.oiip.ac.at), [info@oiip.ac.at](mailto:info@oiip.ac.at)

Copyright © 2021

## **Executive Summary**

Keine andere internationale Beziehung ist für die globale Entwicklung der Menschenrechte so wichtig wie die zwischen den westlichen Staaten und der Volksrepublik China. Unter Staats- und Parteichef Xi Jinping agiert China wirtschafts- und außenpolitisch zunehmend offensiv. Die kommunistische Führung will Debatten über die Menschenrechtslage in China weitgehend zum Schweigen bringen. Die Kommunistische Partei Chinas hat ihre eigene Vorstellung zu den Menschenrechten, die nicht im Einklang mit der demokratischen Interpretation von Menschenrechten ist. Auf internationaler Ebene präsentiert sich China insbesondere für Entwicklungsländer als eine Alternative zu westlichen Normen und Konditionalitäten. Dies stellt eine der größten Herausforderungen für die Politik des „Westens“ dar.

## Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	5
2. Der Machtaufstieg Xi Jinpings und der Wendepunkt der chinesischen Politik.....	7
3. Chinas Zugang zum internationalen Menschenrechtssystem.....	8
4. Chinas Engagement im UN-Menschenrechtsrat .....	10
5. Die Menschenrechte mit chinesischer Prägung.....	11
6. Chinas starke globale Menschenrechtsdiplomatie .....	12
7. Conclusio .....	15
8. Literaturverzeichnis.....	17

*„Wir haben jetzt die Stärke, unseren rechtmäßigen Platz in der Welt einzunehmen“*

*(Xi Jinping, Chinas Staats- und Parteichef)*

## **1. Einleitung**

Chinas Aufstieg ist eines der wichtigsten internationalen Ereignisse in der jüngeren Geschichte und stellt gleichzeitig die größte Herausforderung für die Hegemonie des Westens und die von liberalen Demokratien international propagierten liberalen Werte dar. Dies zeigt sich insbesondere in der Interpretation der universellen Menschenrechte. Die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) hat ihre eigene Vorstellung zu den Menschenrechten, die nicht im Einklang mit den universellen Menschenrechten steht.

Die chinesische Führung nutzte den Rückzug der USA aus der globalen Führungsrolle unter Präsident Trump und dessen „America-First“-Politik, um mehr Gewicht in der Weltpolitik zu erlangen. Dies ging mit dem Versuch die Menschenrechtsnormen neu zu interpretieren und das gesamte internationale Menschenrechtssystem mitzugestalten einher.

Die existierenden internationalen multilateralen Institutionen, in denen China seit Jahren eine aktive Rolle spielt, waren für die chinesischen Absichten keine Hindernisse ihre eigene Politik sowohl innerhalb der internationalen Organisationen als auch durch die Schaffung neuer Parallelstrukturen voranzutreiben und somit ihren Einfluss weltweit zu stärken. In den vergangenen 40 Jahren hat China versucht stärker in internationalen Organisationen – vor allem in UN-Gremien – vertreten zu sein und damit nicht nur die Themenbereiche und Schwerpunkte der jeweiligen UN-Organisationen zu beeinflussen, sondern auch hochrangige Posten auf der Führungsebene mit chinesischen Diplomaten zu besetzen. 2019 wurde China zum ersten Mal der zweitgrößte Beitragszahler zum gesamten Haushalt der Vereinten Nationen und überholte Japan, den langjährigen Zweiten. Die Entscheidung der UN-Generalversammlung vom Dezember 2018 sah für die Jahre 2019 bis 2021 vor, dass die vier größten Beitragszahler der Vereinten Nationen folgende Länder werden: USA (22 Prozent), China (12,005 Prozent), Japan (8,564 Prozent) und Deutschland (6,090 Prozent). Zusammen tragen sie rund 49 Prozent zum gesamten Haushalt der Vereinten Nationen bei (DGVN 2019). Es ist in diesem Zusammenhang hervorzuheben, dass vier der insgesamt 15 UN-Sonderorganisationen von Chinesen geleitet werden, darunter die Internationale Fernmeldeunion (ITU), die Internationale Zivilluftfahrtorganisation (ICAO), die UN-Organisation für industrielle Entwicklung (UNIDO) und die Welternährungsorganisation (FAO) (Lippert und Perthes 2020).

Das vorliegende Arbeitspapier zielt darauf ab, die Bemühungen der kommunistischen Führung, die vor allem nach 2012 ihr eigenes Verständnis der Menschenrechte international vorantreibt, darzustellen. Die Menschenrechtslage in China hat sich in der Ära Xi Jinping wesentlich verschlechtert. Die brutale Unterdrückungs- und Repressionspolitik der KPCh gegen Regimekritiker im eigenen Land hat zugenommen. Die systematische Verfolgung von UigurInnen und anderen ethnischen Gemeinschaften in der Region Xinjiang (Internierung in Umerziehungslagern) sowie das brutale Vorgehen der Polizei gegen die Demokratiebewegung in Hongkong werden trotz internationaler Kritik fortgesetzt.

Diese Beispiele sind nicht nur ein Ausdruck von Chinas autoritärem Regierungsmodell, sondern zeigen auch auf wie wenig sich die chinesische Führung um internationale Kritik aus dem Westen kümmert. Neue Technologien (wie künstliche Intelligenz und Datenanalysen) haben dazu geführt, dass die KPCh ein flächendeckendes Überwachungssystem aufbauen konnte.

Chinas wirtschaftlicher Aufstieg in den letzten Jahrzehnten hat dazu geführt, dessen Einfluss weltweit auszubauen und somit in die außenpolitische Offensive zu gehen. Dies wurde dank den lancierten chinesischen Infrastruktur- und Entwicklungsprojekten im Rahmen der Neuen Seidenstraße möglich, begleitet von massiven Investitionen, einer schlaun Kreditpolitik und strategischen Aufkäufen von Industriebranchen und Verkehrsknotenpunkten. So schaffte es China, weltweit schwächere Staaten finanziell abhängig zu machen (Pakistan, Sri Lanka, Djibouti) oder zu neutralisieren (Italien, Griechenland und die Türkei), während es gegen andere, die Kritik üben (Australien), einen harten Kurs fuhr und fährt.

Darüber hinaus hat China seinen Einfluss auch in den internationalen Organisationen erfolgreich ausgebaut. Die Einrichtung des UN-Menschenrechtsrates 2006, wurde für die kommunistische Führung eine nützliche Bühne, um ihr eigenes Verständnis der Menschenrechte global voranzutreiben. Um das internationale Menschenrechtssystem nach Pekinger Art zu prägen und die Zensur auf den Rest der Welt auszuweiten, aktivierte China wiederum seinen diplomatischen Apparat sowie eine Chinafreundliche Gruppe, um gemeinsam die international anerkannten Menschenrechtsstandards zu untergraben.

## 2. Der Machtaufstieg Xi Jinpings und der Wendepunkt der chinesischen Politik

Unter Präsident Xi Jinping hat sich das staatliche Vorgehen Chinas auch grundsätzlich geändert. Mit seiner Machtübernahme änderte er die zurückhaltende Regierungsführung, die sehr treffend von Deng Xiaoping definiert wurde: „Verstecke deine Stärken und warte, bis die Zeit gekommen ist“ (Ajeti 2020a, S. 8). Das Jahr 2012 markiert in der chinesischen Innen- und Außenpolitik einen bedeutenden Wandel. Nachdem Xi in diesem Jahr die Führung der KPCh übernommen hat und im darauffolgenden Jahr zum Staatspräsidenten ernannt wurde, betreibt er eine proaktive Politik, die unter dem Motto des „Chinesischen Traums“ (Jinping 2014) steht und sich das Ziel gesetzt hat, China zur größte Volkswirtschaft der Welt zu machen und die USA als dominierende Weltmacht zu ersetzen (Winter 2020). Xis Politik strebt nicht nur wirtschaftliches Wachstum an, sondern sieht auch eine politische und ideologische Führungsrolle Chinas in der Welt vor (Denoon 2021, Doshi 2021, Hamilton und Ohlberg 2020). Im Rahmen dieser Strategie engagiert sich China einerseits verstärkt in etablierten internationalen Organisationen wie der UNO, der Weltbank, der Welthandelsorganisation oder des Internationalen Währungsfonds, andererseits initiierte die chinesische Führung die Gründung von eigenen Wirtschafts- und Finanzinstitutionen, die darauf abzielen, die Abhängigkeit Chinas – vor allem von den USA – zu überwinden (Rudolf 2016).

Um Chinas globalen Einfluss langfristig zu steigern, lancierte Präsident Xi im Jahr 2013 ein großes wirtschafts- und außenpolitisches Prestigeprojekt: Die „Neue Seidenstraße“ (Belt and Road Initiative, BRI). Xis Vorstellungen für das 21. Jahrhundert, einen von China dominierten Wirtschaftsraum zu schaffen, in dem eurasische und afrikanische Staaten auf dem Land- (Belt) und Seeweg (Road) eng verbunden werden, steht im Einklang mit Chinas Ambitionen geoökonomischer und geostrategischer Natur. Am ambitionierten Jahrhundertprojekt beteiligen sich 68 Länder, die von angekündigten milliardenschweren chinesischen Infrastruktur- und Entwicklungsprojekten profitieren (China Power Team 2020). Parallel dazu lancierte die chinesische Regierung drei weitere „Seidenstraßen“-Projekte; eine „digitale Seidenstraße“, eine „polare Seidenstraße“ und eine „Weltraum-Seidenstraße“ sowie sechs internationale Wirtschaftskorridore (Spohr und Ajeti 2020a). Im Januar 2014 erfolgte die Gründung des Seidenstraßen-Fonds („Silk Road Fund“) mit einem Kapital von 40 Milliarden US-Dollar, der Neuen Entwicklungsbank („New Development Bank“), die mit anderen BRICS-Staaten eingerichtet wurde, sowie die Gründung der Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank („Asian Infrastructure Investment Bank“, AIIB), die weltweit öffentliche und private Projekte finanziert. Die AIIB zählt bereits 100 Mitglieder und verfügt über ein Kapital von 100 Milliarden US-Dollar (Barisitz und Radzyner 2017).

Die im Jahr 2012 ins Leben gerufene „16+1“-Initiative ist nur eine von vielen wichtigen Bestandteilen der chinesischen Neuen Seidenstraße. Die Etablierung der „16+1“-Initiative mit den Zentral-, süd- und osteuropäischen Staaten (CEE) ist von besonderer Bedeutung für China. Dazu wurden elf EU-Mitgliedstaaten und fünf Nicht-EU-Mitglieder (alle ex-kommunistischen Staaten ohne die Republik Kosovo, deren Unabhängigkeit China nicht anerkennt) eingeladen, an einem politischen Forum in Warschau teilzunehmen. Seit der Etablierung der „16+1“-Initiative ist die Zusammenarbeit zwischen den CEE-Staaten und China stark gestiegen (Spohr und Ajeti 2020b). Darüber hinaus standen chinesischen Investitionen, vor allem im Bereich der Infrastruktur und der Wirtschaft, die erhebliche Chancen für alle beteiligten Staaten bringen, im Vordergrund. Chinas Investitionen werden zunehmend auch von politischen, diplomatischen, medialen und kulturellen Aspekten begleitet (Ajeti 2020b). Die weiteren Gipfeltreffen in Bukarest (2013), Belgrad (2014), Suzhou (2015), Riga (2016), Budapest (2017), Sofia (2018) und in Dubrovnik (2019) haben zahlreiche Entwicklungs- und Investitionsmöglichkeiten ermöglicht. Beim bisher letzten Gipfeltreffen in Dubrovnik im April 2019 wurde die Initiative – mit dem Beitritt Griechenlands – zum ersten Mal „erweitert“, also „17+1“.

Die obengenannten Initiativen sind für China wichtige Instrumente zur geopolitischen Neuordnung geworden und entscheidende Mittel, die der Machtausbreitung Chinas dienen. Parag Khanna sieht die Gründung der von China geschaffenen Parallelinstitutionen als eine Ära der „Infrastruktur Allianz“, in der laut ihm Wirtschaft und Diplomatie zwei Seiten einer Medaille sind, mit der „China der größte Infrastrukturunternehmer der Welt werden will“ (Khanna 2016, 104-105).

### **3. Chinas Zugang zum internationalen Menschenrechtssystem**

Eine Rolle Chinas in den Vereinten Nationen ist erst nach dem Jahr 1971 zu beobachten, als die UN-Mitgliedschaft (durch die Resolution 2758 der UN-Generalversammlung) von der in Taiwan ansässigen „Republik China“ auf die „Volksrepublik China“ mit Sitz in Peking übertragen wurde (Sceats und Breslin 2012). Allerdings gehört die Volksrepublik China zu den Unterzeichnern der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen im Jahr 1948 und chinesische VertreterInnen waren an der Formulierung mitbeteiligt.

Deng Xiaoping leitete ab 1978 eine Reform- und Öffnungspolitik ein. In dieser Zeit der Öffnungspolitik nahm Peking eine konstruktivere Haltung gegenüber dem bestehenden westlich geprägten internationalen System ein. 1982 wurde China volles Mitglied der UN-Menschenrechtskommission. In den Jahren danach begann es Schritt für Schritt die wichtigen internationalen Menschenrechtsabkommen,

einschließlich der UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), das Internationale Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (CERD), das Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (UNCAT) zu ratifizieren (UN Treaty Body Database).

Die Niederschlagung der Studentenproteste auf dem Tiananmen-Platz in Peking im Juni 1989 läutete eine neue Phase, die die Menschenrechtsslage in China in den Fokus der westlichen Staatengemeinschaft rückte, ein. Zwei Jahre später veröffentlichte die chinesische Regierung ein Weißbuch über Maßnahmen zu Menschenrechten, um ihr internationales Ansehen zu verbessern. Darüber hinaus stellte Peking fest: "Respect for each country's sovereignty and non-interference in internal affairs are universally recognized principles of international law, which are applicable to all fields of international relations, and of course applicable to the field of human rights as well" (Human Rights in China 1991). In der Tat zeigt das Weißbuch eine andere Dimension im Umgang Chinas mit den Menschenrechten. Im Weißbuch wird behauptet: „for any country or nation, the right to subsistence is the most important of all human rights, without which the other rights are out of the question“ (ebenda). Die obengenannte Definierung der Menschenrechte gilt als Leitmotiv auch für die heutige Führung der KPCh, ihre Neuinterpretation der Menschenrechte weltweit zu verbreiten, wo die wirtschaftlichen Rechte gegenüber allen anderen Rechten Vorrang haben.

Auf der UN-Weltkonferenz über Menschenrechte vom 14. bis 25. Juni 1993 in Wien, haben alle Teilnehmerstaaten dem Prinzip der Unteilbarkeit und Universalität der Menschenrechte zugestimmt. Über 170 Staaten nahmen an der Weltmensenrechtskonferenz teil, unter ihnen auch die chinesische Delegation. Darüber hinaus war dies das erste Mal, dass Peking die Universalität der Menschenrechte in einem internationalen Umfeld anerkannte (Chen 2019). Allerdings hob die chinesische Regierung hervor, dass das Recht auf Entwicklung Priorität vor allen anderen Rechten habe bzw. die individuellen und politischen Freiheitsrechte zu schwächen und stattdessen die sozioökonomischen Rechte zu priorisieren, legitim sei. Dies wurde am deutlichsten von Liu Huaqiu, dem Leiter der chinesischen Delegation an der Wiener Weltmensenrechtskonferenz, bekräftigt: „Nobody shall place his own rights and interests above those of the state and society, nor should he be allowed to impair those of others and the general public“ (Sceats und Breslin 2012, S. 9).

## 4. Chinas Engagement im UN-Menschenrechtsrat

China gehört zu den Gründungsmitgliedern des UN-Menschenrechtsrats (United Nations Human Rights Council, UNHRC), der 2006 die UN-Menschenrechtskommission ersetzte. Das Mandat des UN-Menschenrechtsrates besteht darin, die Förderung und den Schutz der Menschenrechte weltweit zu forcieren. Die Mitgliedschaft im UN-Menschenrechtsrat bietet China eine besondere Möglichkeit, seine Menschenrechtspolitik voranzutreiben. So nützt das chinesische Regime immer wieder ihre Mitgliedschaft, um Bemühungen von westlich-liberalen Demokratien zu verhindern, die für die Verbesserung der Menschenrechtslage und für eine Verteidigung der universellen Menschenrechte plädieren. Darüber hinaus bietet der UN-Menschenrechtsrat China eine internationale Bühne, in der „China ausdrücklich ein Entwicklungsmodell vertritt, das Wirtschaftswachstum und steigenden Wohlstand ohne Demokratie und individuelle Freiheiten generiert“ (Kinzelbach 2013, S. 60).

Der UN-Menschenrechtsrat besteht aus 47 Mitgliedstaaten, deren Mitglieder von der UN-Generalversammlung mit einfacher Mehrheit (in geheimer Abstimmung) gewählt werden. Der UN-Menschenrechtsrat als Unterorgan der UN-Generalversammlung hat die Aufgabe, die Menschenrechtslage weltweit zu beobachten und gibt Empfehlungen zum Umgang mit Menschenrechtsverletzungen ab. Die Mitglieder des UN-Menschenrechtsrats werden für drei Jahre gewählt und ein Drittel der Mitglieder wird jedes Jahr erneuert. Die Resolution der UN-Generalversammlung sieht eine Mitgliedschaft vor, die auf einer gerechten geografischen Verteilung der Sitze basiert (13 afrikanische Staaten, 13 asiatische Staaten, sechs osteuropäische Staaten, acht latein-amerikanische und karibische Staaten und sieben westeuropäische Staaten) (Resolution 60/251 der UN-Generalversammlung). Die UN-Menschenrechtsratsmitglieder werden für eine Amtszeit von drei Jahren gewählt und können nach zwei aufeinander folgenden Mandaten nicht unmittelbar wiedergewählt werden.<sup>1</sup>

Seit der Entstehung des UN-Menschenrechtsrates hat China sich aktiv engagiert, in der Arbeitsstruktur und Funktionsweise mitzuarbeiten, um die Zuständigkeiten des Rates zu bestimmen und sie zu beeinflussen. So versuchte die chinesische Delegation sowohl die länderspezifischen Menschenrechtsresolutionen („country-specific resolutions“) einzuschränken, als auch die länderspezifischen UN-Sonderberichterstatter zu blockieren, die nach Sicht Chinas die staatliche Souveränität verletzen wie auch bei dem neuen UPR-Verfahren („Universal Periodic Review“), in dem die Menschenrechtsleistung jedes

---

<sup>1</sup> Die österreichische UN-Botschafterin in Genf, Elisabeth Tichy-Fisslberger, hat für das Jahr 2020 den Vorsitz des UN-Menschenrechtsrats geleitet, als erste Österreicherin an der Spitze des zentralen Gremiums für den weltweiten Schutz der Menschenrechte.

Staates von anderen Staaten geprüft werden. Nicht zu unterschätzen sind auch die chinesischen Bemühungen das Amt des Hohen Kommissars für Menschenrechte (United Nations High Commissioner for Human Rights, OHCHR), das dem UN-Generalsekretär unterstellt und dem UN-Menschenrechtsrat gegenüber nicht rechenschaftspflichtig ist, zu kontrollieren (Okano-Heijmans und van der Puten 2018). Seit der Schaffung des UN-Menschenrechtsrates war jede Kandidatur Pekings erfolgreich (von 2006 bis 2009, von 2010 bis 2012, von 2014 bis 2016, von 2017 bis 2019). Im Oktober 2020 wurde China erneut für drei Jahre gewählt (von 1. Jänner 2021 bis 31. Dezember 2023) (General Assembly 2020). Zu einem Zeitpunkt an dem die internationale Kritik gegen Menschenrechtsverletzungen in China zugenommen haben, nimmt die chinesische Diplomatie eine Schlüsselrolle im UN Menschenrechtstrat ein und bestimmt die Tagesordnung der globalen Menschenrechte mit. Neben dem Platz im UN-Menschenrechtsrat ist für die chinesische Außenpolitik der Sitz als ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat – mit Vetorecht – von großer Bedeutung. Außerdem hat einerseits der Umstand, dass China im Jahr 2019 Japan als zweitgrößten Beitragszahler zum Gesamthaushalt der Vereinten Nationen überholt hat und andererseits der Rückzug der USA aus dem UN-Menschenrechtsrat im Jahr 2018, den Einfluss Chinas in der UN erhöht. Die Strategie der Trump-Administration, sich aus zahlreichen internationalen Organisationen zurückzuziehen, bot für die chinesische Diplomatie eine neue Möglichkeit, ihre Ziele voranzutreiben. Dies wird in Zukunft starke Implikationen auf die Weltpolitik haben. Die grausame Verfolgung der UigurInnen und anderer ethnischer Gemeinschaften in der Region Xinjiang oder das brutale Vorgehen der Polizei gegen die Demokratiebewegung in Hongkong sind Ausdruck von Chinas autoritärem Regierungsmodell.

## **5. Die Menschenrechte mit chinesischer Prägung**

Den Dialog der Menschenrechte, der vom westlich-liberalen Verständnis geprägt ist, versucht Peking leise und unmerklich durch konkrete Maßnahmen mit zahlreichen Entwicklungsländern anders zu interpretieren. So veranstaltete die chinesische Führung im Dezember 2017 zum ersten Mal das „Süd-Süd-Menschenrechtsforum“ in Peking, an dem mehr als 300 Vertreter und Experten aus über 70 Ländern und von internationalen Organisationen teilnahmen (China.com 2017).

Staatspräsident Xi äußerte: „The development of human rights worldwide cannot be achieved without the joint efforts of developing countries, which account for more than 80% of the world's population. In the meantime, human rights must and can only be promoted in light of specific national conditions and people's needs“ (China Scio 2017). Xi fügte hinzu: “The Chinese people would like to work in con-

cert with people in other developing countries and beyond to advance development through cooperation, promote human rights through development, and build a community with a shared future for human beings“ (ebenda). Auf diesem Forum wurde die „Peking-Deklaration“ verabschiedet, in der sich die TeilnehmerInnen darauf einigten, dass das Recht auf Lebensunterhalt und das Recht auf Entwicklung die wichtigsten Menschenrechte sind. Jedes Land sollte die Menschenrechte auf Grundlage der nationalen Bedingungen entwickeln (Gao 2017).

Die Süd-Süd-Kooperation strebt an, sich mehr für die Menschenrechte in den Entwicklungsländern einzusetzen und zum Aufbau einer Gemeinschaft der Menschheit mit geteilter Zukunft, die im Sinne der Gedanken von Präsidenten Xi sein sollen, einzusetzen: „The right to subsistence and the right to development, the right to peace, and the right to the environment are both important collective human rights and the prerequisite and basis for the realization of individual human rights. [...] The acquisition of civil and political rights is inseparable from the simultaneous acquisition of economic, social and cultural rights, which are equally important and interrelated“ (Beijing Declaration 2017).

So versuchte die kommunistische Führung die Relativierung politischer und bürgerlicher Rechte zu erreichen. Im Grunde genommen, ist das nichts anderes als die Vision des Staatspräsidenten Xi, der bei der UN-Generalversammlung im Jahr 2015 den Vorschlag der Gründung einer „Gemeinschaft mit geteilter Zukunft der Menschheit“ (Desheng 2018) präsentierte, die als alternativer Weg für Entwicklungsländer – im Gegensatz zu westlichen Demokratien – zu verstehen ist. Zudem plädieren auch chinesische AkademikerInnen und Medien: “In its various human rights dialogues, China does not just accept Western propositions passively; it has its own understanding of the issues and cleaves to its own principles, promoting the practice of human rights norms through self-remolding. [...] Through unremitting and active exploration, China has developed a ‘Chinese model’ of safeguarding human rights“ (Zhengqing/Zhiyong/Xiaofei 2017). Des Weiteren hat die bisherige Zusammenarbeit zahlreicher Länder (Russland, Pakistan, Ägypten, Nigeria oder Serbien), die von chinesischen Projekten profitieren, gezeigt, dass die chinesische Führung politischen Druck (direkt oder indirekt) auf diese Staaten ausgeübt hat. Infolgedessen nahm die wirtschaftliche und politische Abhängigkeit der Staaten von China enorm zu.

## 6. Chinas starke globale Menschenrechtsdiplomatie

Die KPCh duldet kaum Kritik. Als im Jahr 2008 der chinesische Schriftsteller und Menschenrechtler Lui Xiaobo an der Veröffentlichung des Bürgerrechtsmanifests „Charta 08“ zum Internationalen Tag der

Menschenrechte beteiligt war, wurde er wegen Untergrabung der Staatsgewalt verhaftet. Xiaobo und zahlreiche chinesische Intellektuelle forderten von der chinesischen Regierung unter anderem freie Wahlen und Versammlungsfreiheit (Spiegel 2008). Zwei Jahre später erhielt Xiaobo den Friedensnobelpreis, aber von der chinesischen Führung wurde seine Reise nach Oslo untersagt. Liu Xiaobo starb im Jahr 2017 nach jahrelanger Haft an den Folgen einer Leberkrebserkrankung. Allerdings zeigte die Preisverleihungszeremonie für den inhaftierten chinesischen Schriftsteller Xiaobo, wie China seinen diplomatischen Apparat aktivierte. Auf Druck der chinesischen Regierung boykottierten zahlreiche Länder die Nobelpreisverleihung (wie Saudi-Arabien, Pakistan, Iran, Vietnam, Venezuela, Kasachstan, Kuba, Marokko und der Irak) (Spiegel 2010). Neben China nahmen insgesamt weitere 18 Staaten nicht an der Verleihung des Friedensnobelpreises teil. Die Unterdrückung der Meinungsfreiheit in China wurde fortgeführt, als im April 2011 der weltbekannte Künstler Ai Weiwei, festgenommen wurde, nachdem er die chinesische Regierung mehrfach kritisiert hatte (Die Presse 2011).

Die beiden Fälle zeigten deutlich, dass die chinesische Führung ihr Machtmonopol, sowohl im Inland als auch im Ausland, nicht infrage stellen lässt. Als im Jahr 2017 durch UN-Berichte und Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch oder Amnesty International bekannt wurde, dass über eine Million muslimische UigurInnen und andere Minderheiten in der Provinz Xinjiang in Umerziehungs- und Zwangsarbeitslagern gesteckt worden waren, leugnete die chinesische Führung die Masseninhaftierungen. In der Zwischenzeit änderte die chinesische Führung ihre Politik und erklärte die Inhaftierungen als eine notwendige Anti-Terror-Maßnahme, um die Unruhen der vergangenen Jahre in Xinjiang stabilisieren zu können. Der deutsche Sinologe Adrian Zenz beschreibt die Umerziehungslager in Xinjiang als Versuch von Präsidenten Xi gegen religiöse Tendenzen und Ideologien, „die wie im Wettbewerb zum Kommunismus stehen“, vorzugehen (Dorloff 2018). Zenz erklärt: „Xi Jinping spricht ja auch von der Sinifizierung von Religion. Dass Religionen sich dem chinesischen Kontext anpassen müssen“ (ebenda). Laut Zenz stellt die Kampagne der Assimilierung der UigurInnen einen „kulturellen Genozid“ (Tagesschau 2019) dar und die systematische Inhaftierung sei vermutlich „die größte seit dem Holocaust“ (Adelhardt et al., 2019). Das Europäische Parlament machte Präsident Xi persönlich für die Lage der UigurInnen in China verantwortlich und hält fest „dass sich die Menschenrechtssituation in China seit dem Amtsantritt von Präsident Xi Jinping im März 2013 weiter verschlechtert hat“ (Entscheidung des Europäischen Parlaments 2019).

Im Juli 2019 hat eine Gruppe von 22 Staaten in einem Brief an den Präsidenten des UN-Menschenrechtsrates und den Hohen Kommissar für Menschenrechte bei der Sitzung des UN-Menschenrechtsrats in Genf, die chinesische Führung für die Menschenrechtssituation in Xinjiang stark kritisiert. Sie forderten von China, die willkürliche Inhaftierung und Einschränkung der Freizügigkeit von UigurInnen und

anderen Minderheiten in Xinjiang zu unterlassen (Human Rights Council, Letter dated 8 July 2019). Wenige Tage später aktivierte China seinen diplomatischen Apparat gegen die KritikerInnen. Eine China-freundliche-Gruppe von 50 Staaten, wie Saudi-Arabien, Iran, Nord-Korea, Russland wurde aktiv (Human Rights Council, Letter dated 12 July 2019). Sie sendeten einen konkurrierenden Brief an den UN-Menschenrechtsrat, in dem sie Chinas Politik in Xinjiang rechtfertigten: „Faced with the grave challenge of terrorism and extremism, China has undertaken a series of counter-terrorism and de-radicalization measures in Xinjiang, including setting up vocational education and training centers“ (Xinhua-net 2019).

Dieser diplomatische Briefwechsel zwischen 22 westlichen Demokratien und 50 Ländern des chinafreundlichen Blocks in der Frage der Menschenrechte verdeutlicht sehr gut, wie die kommunistische Führung ihren internationalen wirtschaftlichen und politischen Einfluss aufbauen konnte. Der UN-Menschenrechtsrat wurde zu einem diplomatischen Schlachtfeld zwischen den zwei Gruppen, mit unterschiedlichen Auffassungen zum Umgang mit Menschenrechten. Aufgrund des Austritts der USA aus dem UN-Menschenrechtsrat 2018 fehlte Washingtons Unterschrift auf dem Brief der westlichen Länder. Ebenso fehlte die Unterschrift der italienischen Regierung, nach dem Italien sich als erstes G7-Industrieland dem Projekt „Neue Seidenstraße“ im März 2019 angeschlossen hatte.

Wenn man die Liste der Länder die Chinas Position unterstützen genau betrachtet, setzt sich diese hauptsächlich aus autoritären oder halbautoritären Regimen – vor allem aus asiatischen und afrikanischen Entwicklungsländern (wie Weißrussland, Kasachstan oder Ägypten) – zusammen. Interessanterweise wurde die Politik der chinesischen Führung in Bezug auf die Unterdrückung der muslimischen Minderheit in Xinjiang von 23 Staaten<sup>2</sup> mit muslimischer Mehrheit still wahrgenommen (Yellinek und Chen 2019). In diesem Zusammenhang ist die Rolle der türkischen Regierung hervorzuheben, die weder die Erklärung der westlichen Demokratien noch die Position Chinas unterzeichnete. Die UigurInnen sind eine ethnisch türkisch-sunnitische Minderheit (Ajeti 2021). Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan, der sich oft als Schutzherr und Fürsprecher von bzw. für MuslimInnen stilisiert, meinte während seines Besuches im Juli 2019 in Peking, dass Ankara der Ein-China-Politik verpflichtet bleibt. Staatspräsident Erdogan fügte hinzu “that residents of various ethnicities living happily in Xinjiang Uygur Autonomous Region thanks to China's prosperity is a hard fact, and Turkey will not allow anyone to drive a wedge in its relations with China” (Xinhua 2019).

---

<sup>2</sup> Algeria, Bahrain, Bangladesh, Burkina Faso, Comoros, Djibouti, Egypt, Eritrea, Iran, Iraq, Kuwait, Oman, Pakistan, Saudi Arabia, Somalia, Sudan, Syria, Tajikistan, Turkmenistan, UAE, Uzbekistan, Yemen, and the Palestinian Authority.

Im Oktober 2019 verlangten 23 Staaten (angeführt von den USA und Großbritannien) bei der Sitzung des UN-Ausschusses für soziale, humanitäre und kulturelle Fragen von der chinesischen Führung, die Inhaftierungen von UigurlInnen und anderen Gemeinschaften in Xinjiang zu beenden. China mobilisierte rasch eine Koalition von 54 Staaten (unter Leitung von Weißrussland), die durch ein gemeinsames Statement Pekings Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus, des Islamismus und des Radikalismus in Xinjiang lobten. Bemerkbar war, dass aus der „17+1“-Initiative nur Albanien, Estland, Lettland und Litauen dagegen stimmten und Serbien als einziger Staat mit europäischer Perspektive dafür war. Zwölf andere Staaten bezogen aufgrund ihrer „vorsichtigen“ China-Politik keine Position (Ajeti 2020c).

Dass China eine global gut vernetzte Großmacht geworden ist, wurde bei der Verabschiedung des umstrittenen Sicherheitsgesetzes für die chinesische Sonderverwaltungszone Hongkong sichtbar. 53 Staaten unterstützen Chinas Position im UN-Menschenrechtsrat. Nur 27 Staaten mit westlich-liberalem Verständnis kritisierten Chinas Einstellung zu Menschenrechten (Lawler 2020). Trotz des Versprechens der KPCh, den Grundsatz „ein Land, zwei Systeme“ einzuhalten, zögerte sie nicht in die Autonomie Hongkongs einzugreifen.

Im Oktober 2020 kritisierte Deutschland zusammen mit 38 weiteren Staaten Chinas Vorgehen gegen die UigurlInnen sowie das Nationale Sicherheitsgesetz in Hongkong. „Bezüglich Xinjiang sind wir zutiefst besorgt über die Existenz eines großen Netzwerks von Lagern für sogenannte politische Umerziehung, bei denen glaubwürdige Berichte darauf hinweisen, dass über eine Million Menschen willkürlich inhaftiert wurden“, sagte Deutschlands UN-Botschafter Christoph Heusgen (Stern 2020). China demonstrierte wieder seine globale Machtstellung durch eine Koalition von 45 Ländern durch eine gemeinsame Erklärung, in der Chinas Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung und De-Radikalisierung in Xinjiang als notwendige Schritte bezeichnet wurden (Putz 2020).

## **7. Conclusio**

Der diplomatische Erfolg Pekings gegen das westliche Verständnis von Demokratie aufzutreten und internationale Koalitionen aufzubauen, zeigt auf, dass sich China auch international als eine Alternative zum westlich-liberalen Demokratiekonzept versteht und somit die liberale Weltordnung ernsthaft in Frage stellt. In Folge der zunehmenden ökonomischen Machtausbreitung durch die Finanzierung von

großen Infrastrukturprojekten und massiven Investitionen, in Begleitung von Schuldenfällen (Schuldenfallen-Diplomatie), hat China es geschafft, seinen Einfluss – trotz des Corona-Ausbruchs – weltweit auszuweiten. Zahlreiche Länder sind in zunehmende finanzielle Abhängigkeit geraten.

Die Europäische Union (EU) ist ein klares Beispiel, wie laut die chinafreundlichen Stimmen geworden sind. Als Folge der starken chinesischen Investitionen scheiterte die EU mehrmals daran, als eine starke gemeinsame europäische Stimme gegenüber China aufzutreten. So stimmte im Jahr 2017 Griechenland erstmals im UN-Menschenrechtsrat nicht mit allen anderen EU-Mitgliedsstaaten der Verurteilung der Menschenrechtslage in China zu. Dies war das erste Mal in der Geschichte der EU, dass zu diesem Thema kein Konsens erzielt werden konnte (Rühlig et al., 2018). Ein Jahr davor haben Griechenland und Ungarn die EU daran gehindert, eine gemeinsame Erklärung abzugeben, die Chinas Territorialansprüche im Südchinesischen Meer kritisierte. Im März 2017 weigerte sich Ungarn, ein gemeinsames Schreiben der EU über mutmaßliche Folterungen von inhaftierten AnwältInnen in China zu unterzeichnen (Benner und Weidenfeld 2018).

Durch die Tatsache, dass Staaten mit westlich-liberaler Vorstellung von Demokratie weniger bereit sind, die westlichen Werte – Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit – in Schutz zu nehmen, wird das globale System zur Verteidigung der Menschenrechte durch Chinas Aufstieg geschwächt. Kenneth Roth, Direktor von Human Rights Watch, warnt zurecht: „Jahrzehnte des Fortschritts bei den Menschenrechten und unsere Zukunft stehen auf dem Spiel“ (Human Rights Watch 2020), da die KPCh sich seit Jahren bemüht, ihr politisches Modell in andere Länder zu exportieren.

Schlussendlich, um die Unterminierung der Demokratie zu verhindern und die westlichen Werte in Schutz zu nehmen, ist es wichtiger denn je eine globale Initiative mit demokratischen Staaten zu bilden, bei der die individuelle Freiheit der Menschen die alleroberste Priorität einnimmt. Es handelt sich dabei nicht um eine Konfrontation gegen eine Nation, sondern gegen ein Regime, welches das westliche Lebensmodell der Demokratie abzulösen versucht. Die Volksrepublik China, unter Herrschaft der KPCh, wird weiterhin eine Herausforderung für die Menschenrechte und die Demokratie darstellen, wenn Peking seine nationalen und internationalen Verpflichtungen zur Achtung der Menschenrechte nicht einhält.

## 8. Literaturverzeichnis

Adelhardt, C. & Eckstein, P. & Strozzyk, J.K. & Strunz, B. (2019, November 24). *Chinas gigantischer Unterdrückungsapparat*. Tagesschau. <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr/china-cables-uirren-101.html>

Ajeti, F. (2020a, Jänner 17). *Ist die 'Neue Seidenstraße' Chinas eine Einbahnstraße?* Kurier. S. 8.

Ajeti, F. (2020b). *Der Westbalkan in der Arena geostrategischer Interessen von Russland und China*. OIIP-Policy Brief. <https://www.oiiip.ac.at/publikation/der-westbalkan-in-der-arena-geostrategischer-interessen-von-russland-und-china/>

Ajeti, F. (2020c, Mai 7). *Von Panda-Diplomatie zur globalen Pandemie*. Wiener Zeitung. <https://www.wienerzeitung.at/meinung/gastkommentare/2059729-Von-Panda-Diplomatie-zur-globalen-Pandemie.html>

Ajeti, F. (2021, Februar 21). *Menschenrechte nach Pekinger Art – wie China mit seinem «alternativen Weg» der halben Welt auf der Nase herumtanzt*. Neue Zürcher Zeitung. <https://www.nzz.ch/meinung/menschenrechte-nach-pekinger-art-chinas-alternative-ideen-ld.1600970?reduced=true>

Barisitz, S. & Radzyner, A. (2017). *The New Silk Road, part I: a stocktaking and economic assessment. Focus on European Economic Integration*. Austrian Central Bank, issue Q3/17, p. 8-30. <https://ideas.repec.org/a/onb/oenbf/y2017iq3-17b1.html>

Beijing Declaration (2017, December 8). *Full text of Beijing Declaration adopted by the First South-South Human Rights Forum*. [http://english.scio.gov.cn/scionews/2017-12/11/content\\_50096884.htm](http://english.scio.gov.cn/scionews/2017-12/11/content_50096884.htm)

Benner, T. & Weidenfeld, J. (2018). *Europe: Don't Let China Divide and Conquer*. Global Public Policy Institute. <https://www.gppi.net/2018/03/15/europe-dont-let-china-divide-and-conquer>

Chen, Y. J. (2019). *China's Challenge to the International Human Rights Regime*. *NYU Journal of International Law and Politics*, Vol. 51, pp. 1179-1222. [https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract\\_id=3308205](https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=3308205)

China.com (2017, Dezember 7). *Erstes Süd-Süd-Menschenrechtsforum in Beijing eröffnet*. <http://german.china.com/news/china/7353/20171207/1145676.html>, abgerufen am 26.12.2020

China Mission to the UN (2020, October 6). *Cuba Made A Joint Statement on Behalf of 45 Countries in Firm Support of China's Counter-Terrorism and Deradicalization Measures in Xinjiang*. <http://chnun.chinamission.org.cn/eng/hyyfy/t1822121.htm>

China Scio (2017, December 8). *Congratulatory Message from President Xi Jinping to the "South-South Human Rights Forum"*. [http://english.scio.gov.cn/topnews/2017-12/08/content\\_50092837.htm](http://english.scio.gov.cn/topnews/2017-12/08/content_50092837.htm)

China Power Team (2020, August 26). *How Will the Belt and Road Initiative Advance China's Interests?* China Power. <https://chinapower.csis.org/china-belt-and-road-initiative/>

Denoon, D. B. H. (ed.) (2021). *China's Grand Strategy. A Roadmap to Global Power?* New York: NYU Press.

Desheng, C. (2018, October 15). *Xi's Discourses on Mankind's Shared Future Published*. China Daily. <https://www.chinadaily.com.cn/a/201810/15/WS5bc38adca310eff303282392.html>

DGVN. (2019, Februar 13). *UN-Finanzierung: China überholt Japan*. <https://dgvn.de/meldung/un-finanzierung-china-ueberholt-japan/>

Die Presse (2011, April 3). *Chinesischer Künstler Ai Weiwei festgenommen*. <https://www.die-presse.com/647197/chinesischer-kunstler-ai-weiwei-festgenommen>

Dorloff, A. (2018, Oktober 11). *Umerziehungslager jetzt offiziell*. ARD-Studio Peking. <https://www.tagesschau.de/ausland/chinas-umerziehungslager-101.html>

Doshi, R. (2021). *The Long Game: China's Grand Strategy to Displace American Order*. Oxford: Oxford University Press.

Entschließung des Europäischen Parlaments zu der Lage der Uiguren in China (vor dem Hintergrund der „China Cables“) (2019, Dezember 17). [https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/RC-9-2019-0246\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/RC-9-2019-0246_DE.html)

Gao, Ch. (2017, December 12). *China Promotes Human Rights 'With Chinese Characteristics'*. The Diplomat. <https://thediplomat.com/2017/12/china-promotes-human-rights-with-chinese-characteristics/>

General Assembly (2020, October 13). *General Assembly Holds Tribute Honouring Amir of Kuwait, Also Elects 15 Member States to Human Rights Council, Adopts Fifth Committee Resolution*. <https://www.un.org/press/en/2020/ga12277.doc.htm>

Hamilton, C. & Ohlberg, M. (2020). *Die lautlose Eroberung. Wie China westliche Demokratie unterwandert und die Welt neu ordnet*. München: Deutsche Verlags-Anstalt.

Human Rights Council. Letter dated 8 July 2019 from the Permanent Representatives of Australia, Austria, Belgium, Canada, Denmark, Estonia, Finland, France, Germany, Iceland, Ireland, Japan, Latvia, Lithuania, Luxembourg, the Netherlands, New Zealand, Norway, Spain, Sweden, Switzerland and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland to the United Nations Office at Geneva addressed to the President of the Human Rights Council. [https://www.hrw.org/sites/default/files/supporting\\_resources/190708\\_joint\\_statement\\_xinjiang.pdf](https://www.hrw.org/sites/default/files/supporting_resources/190708_joint_statement_xinjiang.pdf)

Human Rights Council. Letter dated 12 July 2019 from the representatives of Algeria, Angola, Bahrain, Bangladesh, Belarus, the Plurinational State of Bolivia, Burkina Faso, Burundi, Cambodia, Cameroon, Comoros, the Congo, Cuba, the Democratic People's Republic of Korea, the Democratic Republic of the Congo, Djibouti, Egypt, Equatorial Guinea, Eritrea, Gabon, the Islamic Republic of Iran, Iraq, Kuwait, the Lao People's Democratic Republic, Mozambique, Myanmar, Nepal, Nigeria, Oman, Pakistan, the Philippines, the Russian Federation, Saudi Arabia, Serbia, Somalia, South Sudan, Sri Lanka, the Sudan, the Syrian Arab Republic, Tajikistan, Togo, Turkmenistan, Uganda, the United Arab Emirates, Uzbekistan, the Bolivarian Republic of Venezuela, Yemen, Zambia, Zimbabwe and the State of Palestine to the United Nations Office at Geneva addressed to the President of the Human Rights Council. <https://undocs.org/A/HRC/41/G/17>

Human Rights in China (1991). *Active Participation in International Human Rights Activities*. <http://www.china.org.cn/e-white/7/7-L.htm>

Human Rights Watch (2020, Januar, 14). *Chinesische Regierung ist globale Bedrohung für Menschenrechte*. <https://www.hrw.org/de/news/2020/01/14/chinesische-regierung-ist-globale-bedrohung-fuer-menschenrechte>

Jinping, X. (2014). *The Governance of China*. Beijing: Foreign Languages Press Co. Ltd.

Khanna, P. (2016). The era of infrastructure alliances. In: Mark Leonard (ed.). *Connectivity Wars: Why Migration, Finance and Trade are the Geo-Economic Battlegrounds of the Future* (9. 103-109). European Council on Foreign Relations. London: European Council on Foreign Relations

Kinzelbach, K. (2013). *Chinas Menschenrechtspolitik in den UN. Vereinte Nationen Heft 2/2013*, S. 57-62. [https://zeitschrift-vereinte-nationen.de/fileadmin/publications/PDFs/Zeitschrift\\_VN/VN\\_2013/Heft\\_2\\_2013/03\\_kinzelbach\\_VN\\_2-13\\_2-4-2013.pdf](https://zeitschrift-vereinte-nationen.de/fileadmin/publications/PDFs/Zeitschrift_VN/VN_2013/Heft_2_2013/03_kinzelbach_VN_2-13_2-4-2013.pdf)

Lawler, D. (2020, July 3). *The 53 countries supporting China's crackdown on Hong Kong*. Axios. <https://www.axios.com/countries-supporting-china-hong-kong-law-0ec9bc6c-3aeb-4af0-8031-aa0f01a46a7c.html/>

Lippert, B. & Perthes, V. (2020). *Strategische Rivalität zwischen USA und China*. Stiftung Wissenschaft und Politik. Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. [https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2020S01\\_lpt\\_prt\\_WEB.pdf](https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2020S01_lpt_prt_WEB.pdf)

Okano-Heijmans, M. & van der Putten, F. (2018). *A United Nations with Chinese characteristics? Netherlands Institute of International Relations*. Clingendael Report. [https://www.clingendael.org/sites/default/files/2018-12/China\\_in\\_the\\_UN\\_1.pdf](https://www.clingendael.org/sites/default/files/2018-12/China_in_the_UN_1.pdf)

Putz, C. (2020, October 9). *Edition: Which Countries Are For or Against China's Xinjiang Policies?* The Diplomat. <https://thediplomat.com/2020/10/2020-edition-which-countries-are-for-or-against-chinas-xinjiang-policies/>

Resolution 60/251 der UN-Generalversammlung (2006, 3 April). Human Rights Council. [https://www2.ohchr.org/english/bodies/hrcouncil/docs/A.RES.60.251\\_En.pdf](https://www2.ohchr.org/english/bodies/hrcouncil/docs/A.RES.60.251_En.pdf)

Rudolf, M. (2016). China's shadow world order. In: Mark Leonard (ed.). *Connectivity Wars: Why Migration, Finance and Trade are the Geo-Economic Battlegrounds of the Future* (p. 83-92). European Council on Foreign Relations. London: European Council on Foreign Relations.

Rühlig, T. N. & Jerdén, B. & van der Putten, F. P. & Seaman, J. & Otero-Iglesias, M. & Ekman, E. (2018). *Political values in Europe-China relations*. A report by the European Think-tank Network on China (ETNC). [https://www.ifri.org/sites/default/files/atoms/files/full-report-web-version\\_updated\\_2019.pdf](https://www.ifri.org/sites/default/files/atoms/files/full-report-web-version_updated_2019.pdf)

Sceats, S. & Breslin, Sh. (2012). *China and the International Human Rights System*. Chatham-house. [https://www.chathamhouse.org/sites/default/files/public/Research/International%20Law/r1012\\_sceatsbreslin.pdf](https://www.chathamhouse.org/sites/default/files/public/Research/International%20Law/r1012_sceatsbreslin.pdf)

Spohr, K. & Ajeti, F. (2020a, März 29). *Die neue „Seidenstraße der Gesundheit“ führt von Peking nach Rom*. Wienerzeitung. <https://www.wienerzeitung.at/meinung/gastkommentare/2055889-Die-neue-Seidenstrasse-der-Gesundheit-fuehrt-von-Peking-nach-Rom.html>

Spoehr, K. & Ajeti, F. (2020b, April 1). *China's new Silk Road*. New Statesman. <https://www.newstatesman.com/culture/observations/2020/04/china-s-new-silk-road>

Spiegel (2008, Dezember 7). *Bürgerrechtler Liu Xiaobo festgenommen*. <https://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/china-buergerrechtler-liu-xiaobo-festgenommen-a-595645.html>

Spiegel (2010, Dezember 10). *19 Staaten boykottieren Nobelpreisverleihung*. <https://www.spiegel.de/politik/ausland/solidaritaet-mit-chinas-fuehrung-19-staaten-boykottieren-nobelpreisverleihung-a-733226.html>

Stern (2020, Oktober 6). *39 Länder kritisieren Menschenrechtsverletzungen in China*. <https://www.stern.de/panorama/weltgeschehen/news-von-heute--chemiewaffen-organisation-opcw-bestaetigt-nowitschok-einsatz-gegen-nawalny-9441242.html>

Tagesschau (2019, November 24). *China-Experte Zenz: „Es handelt sich um kulturellen Genozid“*. <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr/china-cables-uiguren-103.html>

UN Treaty Body Database. [https://tbinternet.ohchr.org/\\_layouts/15/TreatyBodyExternal/Treaty.aspx?CountryID=36&Lang=EN](https://tbinternet.ohchr.org/_layouts/15/TreatyBodyExternal/Treaty.aspx?CountryID=36&Lang=EN)

Winter, M. (2020). *China 2049-Wie Europa versagt*. München: Süddeutsche Zeitung Edition.

Xinhua (2019, July 2). *Xi, Turkish president hold talks, agreeing to deepen strategic cooperation*. [http://www.xinhuanet.com/english/2019-07/02/c\\_138193186.htm](http://www.xinhuanet.com/english/2019-07/02/c_138193186.htm)

Xinhuanet (2019, July 13). *Ambassadors from 37 countries issue joint letter to support China on its human rights achievements*. [http://www.xinhuanet.com/english/2019-07/13/c\\_138222183.htm](http://www.xinhuanet.com/english/2019-07/13/c_138222183.htm)

Yellinek, R. & Chen, E. (2019, December 31). *The "22 vs. 50" Diplomatic Split Between the West and China Over Xinjiang and Human Rights*. <https://jamestown.org/program/the-22-vs-50-diplomatic-split-between-the-west-and-china-over-xinjiang-and-human-rights/>

Zhengqing, Y. & Zhiyong, L. & Xiaofei, Zh. (2017). *China and the Remolding of International Human Rights Norms*. 38 Social Sciences in China, no. 3, 2017, p. 25-46. <http://dx.doi.org/10.1080/02529203.2017.1339>